

Enttäuschte Türken müssen warten

Von einer "Wiedervereinigung Europas" hat Kommissionspräsident Romano Prodi gesprochen, als er den am Mittwoch von der EU-Kommission in Brüssel verabschiedeten Bericht zur Erweiterung der Europäischen Union vorstellte. Die Verhandlungen mit den zehn Beitrittsstaaten können beim EU-Gipfel von Kopenhagen im Dezember abgeschlossen werden. Ab 2004 sind Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern dann EU-Mitglieder - obwohl die Brüsseler Behörde bei fast allen Mängel in der Durchsetzung neuer Rechtsvorschriften feststellte. Zudem steht noch eine Einigung über die Finanzierung der Agrarbeihilfen für die neuen Mitglieder aus - und nächste Woche das zweite irische Referendum über den Erweiterungsvertrag von Nizza. "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört", hieß es unterdessen in einer Stellungnahme der deutschen Grünen zu der Erweiterung. Deren europapolitischer Sprecher Rainer Steenblock hält auch für angemessen, dass für die Türkei noch kein konkretes Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt wurde. Die Verfassungsänderungen in der Türkei verdienten zwar allen Respekt, doch gute Absichten reichten für einen Beitritt nicht aus. Erst die Wahlen im November würden darüber Aufschluss geben, ob das türkische Reformprogramm auch tatsächlich umgesetzt werde. In der Türkei herrscht derweil Enttäuschung über die Entscheidung der EU-Kommission. "Der Bericht der EU-Kommission ist weit davon entfernt, unsere Erwartungen zu erfüllen", sagte der türkische Außenminister Mesut Yilmaz.

Keine Meinungsfreiheit in Vietnam

Der Besuch des vietnamesischen Ministerpräsidenten Phan Van Khai in Luxemburg, bei dem Premierminister Jean-Claude Juncker zwei Kooperationsverträge mit dem südostasiatischen Land unterschrieb, liegt nur gute zwei Wochen zurück. Und am kommenden Freitag beginnt die vietnamesische Kulturwoche. Anlass genug, um darauf hinzuweisen, dass es in Vietnam noch immer schlecht um die Meinungsfreiheit bestellt ist. Im vergangenen Jahr wurden mindestens 20 politische DissidentInnen verhaftet oder unter Hausarrest gestellt, ihre Computer wurden beschlagnahmt, weil sie Kritik an der Regierung geübt hatten. Sie hatten in offenen Briefen unter anderem auf Fälle von Korruption hingewiesen. "Vietnam should cease the persecution of government critics and release all those who are in custody or under house arrest for non-violent expression of their beliefs", fordert Human Rights Watch. Die Menschenrechtsorganisation nennt in einer aktuellen Pressemitteilung zahlreiche Fälle von Verstößen gegen die Meinungsfreiheit in Vietnam. "Obwohl Vietnam verspricht, die Reformen voranzutreiben, unterdrückt die Regierung die freie Meinungsäußerung", sagte Mike Jendrzyczyk, Asien-Bereichsleiter von Human Rights Watch.

Bypass sans base

Hier, "Déi Gréng" ont convié la presse à Hellange. Raison de l'endroit peu conventionnel pour une conférence de presse: le bypass qu'est en train de faire construire le gouvernement et qui doit constituer une solution provisoire (?) au fait que, dû à un chaînon manquant dans la bande de terrains expropriés, la route de la Sarre ne peut pas être achevée. Pour les Verts, ce bypass est sans base légale: il n'y a ni loi, ni étude d'impact, ni poste de budget, ni de commodo ni d'autorisation de bâtir sur lesquels pourrait s'appuyer dame Erna. En outre, il n'y a pas eu de consultation publique. Les Verts ont déposé plainte hier.

AUSWEISUNG

Pragmatismus oder dogmatische Strenge?

Zahlreiche von der Abschiebung bedrohte jugoslawische Flüchtlinge haben eine Zusage auf einen Arbeitsplatz in Luxemburg. Gemeinsam mit der Asti beraten sie über die weitere Vorgehensweise.

(sk) - "Le pragmatisme aurait-il cédé à une rigueur presque dogmatique?", fragt sich die Asti (Association de soutien aux travailleurs immigrés). Dogmatische Unnachgiebigkeit der Luxemburger Regierung statt pragmatischer Herangehensweise - das ist die Frage im Fall der rund 800 abgelehnten Asyltragsteller aus Jugoslawien, die immer noch von der Abschiebung bedroht sind. Das Justizministerium hatte den größtenteils aus dem jugoslawischen Teilstaat Montenegro stammenden Flüchtlingen im Juli mitgeteilt, dass sie sich auf eine Rückführung in ihre Heimat gefasst machen müssten. Bei einer freiwilligen Rückkehr winke ihnen immerhin finanzielle Unterstützung von Luxemburger Seite - wenig Trost angesichts der Reise in eine von den Spätfolgen der Balkankriege des vergangenen Jahrzehnts wirtschaftlich geschundene und politisch instabile Region.

Die Flüchtlinge, die während des Kosovo-Konflikts ins Großherzogtum gekommen waren, sind schon bis zu vier Jahre im Land. Doch sie kamen nach dem 1. Juli 1998, dem Stichtag für eine Regularisierung. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben - die luxemburgische Regierung zeigt sich rigoros, obwohl die Kinder der Flüchtlinge hier zur Schule gehen, bereits luxemburgisch sprechen, und

ihre Eltern nach eigenen Worten bereits in das soziale Leben hierzulande integriert und Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben.

Der Luxemburger Flüchtlingsrat warnte vor einem Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die Massenausweisungen eindeutig verbietet. Vor dem Verwaltungsgericht einigten sich die Vertreter der Flüchtlinge und der Regierung schließlich: Jeder Einzelne der abgewiesenen Asylbewerber könne noch einmal seine persönliche Situation vor den Behörden darlegen. Eine Neuaufnahme der Asylprozedur sollte es jedoch nicht geben. Zumindest aber war die Gefahr der Rückführung - ob freiwillig oder nicht - gemindert.

Rund 150 Flüchtlinge nutzten die Gelegenheit und machten vor den Behörden noch einmal auf ihre jeweilige Situation aufmerksam: Nach der Rentrée des élèves drückten ihre Kinder wieder die Schulbank, bei anderen würden Fälle von Krankheit oder Schwangerschaft in der Familie eine Abschiebung derzeit unmöglich machen. Und etwa 120 haben nach Angaben der Asti von einem Luxemburger Arbeitgeber bereits eine Zusage für eine Arbeitsstelle erhalten. "Es macht keinen Sinn, dass auf der einen Seite Arbeitskräfte aus EU-Beitrittsländern angeworben werden, und anderer-

seits Menschen, die schon hier sind, ausgewiesen werden", sagte Asti-Präsident Serge Kollwelter. Man wolle deshalb mögliche Vorgehensweisen gemeinsam mit den Flüchtlingen erörtern. Von Letzteren waren am vergangenen Dienstagabend zahlreiche zur Asti gekommen, um, so Kollwelter, "etwas in Bewegung zu bringen". Ein Komitee wurde gegründet, das sich mit einer Reihe von Vorschlägen befasse. Ein abgeschlossenes Konzept gebe es jedoch noch nicht. Darüber solle am 22. Oktober entschieden werden.

Der Asti-Präsident verweist zudem auf ein Abkommen Luxemburgs mit der damaligen Sozialistischen Republik Jugoslawien aus dem Jahre 1970. Darin wurden die Arbeitsmodalitäten von jugoslawischen Arbeitskräften im Großherzogtum geregelt. Das Abkommen trat am 11. April 1972 in Kraft. Zwar wurde es mit dem ersten Balkankrieg zu Beginn der 90er Jahre suspendiert. Rechtsgültig sei es jedoch noch immer, betont Kollwelter gegenüber der wox. Rechtlicher Nachfolger des Tito-Staats ist schließlich das heutige Jugoslawien mit seinen Teilrepubliken Serbien und Montenegro.

Unter den Flüchtlingen herrscht weiter Unsicherheit, denn das Damoklesschwert der Abschiebung schwebt noch immer über ihnen. "Man sollte die Menschen hier arbeiten und eine Existenz aufbauen lassen", sagt Jean Lichtfous von der Asti. Diese setzt auf eine pragmatische Vorgehensweise. Die Regierung bleibt hingegen bei ihrem rigorosen Kurs.

GENE TECHNOLOGIE

Anti-Moratori te salutant

Gentechnische Landwirtschaft ante portas: nächste Woche sollen die Mitgliedsstaaten der EU entscheiden, ob das Moratorium auf der Vermarktung von GMO aufrechterhalten oder aufgehoben werden soll.

(roga) - Ungeduldig warten die Gentech-Industrie und ihre Werbeabteilung in der US-amerikanischen Regierung auf das entscheidende psychologische Signal aus dem EU-Ministerrat in Luxemburg: die Aufhebung des seit 1998 bestehenden De-facto-Moratoriums auf der Zulassung neuer genmanipulierter Substanzen. Psychologisch ein bedeutendes Signal für die Genlobby, der juristische Wert des Moratoriums ist ohnehin gleich null.

Die Argumente der Kommission gegen Sinn und Zweck des Moratoriums erscheinen auf den ersten Blick schlüssig. Das Moratorium war seinerzeit auch damit begründet worden, dass die Direktive über die Freilassung genmanipulierter Organismen keine ausreichende Sicherheit garantieren würde. Inzwischen wurde diese Direktive, die in den Jahren 1995 und 1996 im Luxemburger Parlament zu scharfen Auseinandersetzungen geführt hatte, neu formuliert und vom Europaparlament abgesegnet.

Die neue Fassung ist zwar immer noch unbefriedigend, wurde jedoch, vor allem unter dem Einfluss der europäischen Grünen, substanziell verbessert. Die Direktive tritt nun zufälligerweise am 17. Oktober in Kraft, obwohl erst ein einziger Mitgliedstaat sie umgesetzt hat. In Luxemburg liegt das entsprechende Gesetz

zur Zeit im Ethikausschuss, obwohl es von der Materie her eher in die Umweltkommission gehört. Ein Gutachten des Staatsrates wird diese Woche erwartet.

Die Kommission glaubt nun, dass sowohl im Europaparlament als auch in den sieben Ländern, die das Moratorium tragen, der Widerstand gegen den Import und die Vermarktung neuer GMO hinfällig geworden ist. Dem gegenüber verweisen die Verfechter des Moratoriums auf wichtige, noch ausstehende Regelwerke, ohne die eine Aufhebung des Moratoriums zu einer recht gefährlichen Angelegenheit für die konventionelle wie für die biologische Landwirtschaft werden könnte:

- Auf europäischer Ebene ist die Festlegung von Grenzwerten für eine zulässige Verunreinigung von Saatgut durch GMO ("Saatgutdirektive") noch nicht ausgestanden. Eine Null-Kontamination wäre das Sinnvollste, ist jedoch schwer durchzuführen. Die "Zukunftsstiftung Landwirtschaft" in Berlin schlägt zum Beispiel statt der von der Kommission vorgeschlagenen Grenzwerte von 0,3 Prozent (Raps) bis 0,7 Prozent (Soja) für ohne Kennzeichnung zulässige Verunreinigung ein einheitliches Reinheitsgebot von 0,1 Prozent vor. Würde zum Beispiel Luxemburg die

vom Parlament einmütig geforderte Vorsichtsmaxime befolgen, müsste sich Minister Boden beim nächsten Agrarrat eine solche Forderung zu eigen machen.

- Daneben stehen auf europäischer Ebene noch Reglementierungen zur Kennzeichnung und Rückverfolgung gentechnischer Produkte an, sowie die sehr wichtige Direktive zur Umweltaftung. Ohne diese zusätzlichen Reglementierungen könnte ein einseitiges Aufheben des Moratoriums zu einer Lawine von zweifelhaften Importen und Freisetzungen führen.

Vor dem Umweltausschuss des Parlaments hat Umweltminister Charel Goerens unmissverständlich die Haltung Luxemburgs in Sachen Moratorium bestätigt: es bleibt bei der Verteidigung des Moratoriums, bis alle zitierten Sicherungen im europäischen Direktivensystem eingebaut sind. Allerdings könnte sich ergeben, dass Luxemburg mit Österreich allein auf weiter Naturflur steht. Egal wie der Showdown in Luxemburg nächste Woche ausgehen wird, die Zukunft der biologischen Landwirtschaft wird bereits durch geringe Anteile von GMO-Saatgut entscheidend gefährdet. Die im September von der britischen "Soil Association" veröffentlichte Studie "Seeds of trouble" belegt, dass eine friedliche Koexistenz von GMO-Landwirtschaft und konventionellen oder traditionellen Methoden von Landbau unmöglich sein wird. Es geht also um "Alles oder Nichts"!